

KOMMENTAR

Tarifergebnis – wie weiter?



Die Tarifrunde für die Bundesländer ist abgeschlossen, das Ergebnis ist bekannt und vertretbar.

Natürlich ist es kein Ergebnis für Euphorie und Jubelschreie und wer als Gewerkschafter erwartet, dass die GdP jetzt auf einem Silbertablett getragen wird, der ist fehl am Platze.

Zu deutlich schwingen noch die mehr als mageren Ergebnisse der letzten Jahre nach. Dennoch ist es ein Ergebnis, dass sich im Vergleich der Tarifabschlüsse in den anderen Branchen, auch im Industriebereich, ohne Weiteres sehen lassen kann.

Jetzt kann man das Ergebnis schlecht reden, indem man die Inflationsrate noch abzieht und die negative Reallohnentwicklung der letzten Jahre betrachtet. Man kann es aber auch positiv sehen, dass endlich und längst überfällig sich wieder etwas mehr auf dem Lohnstreifen bewegt.

Brandenburger zeigten Flagge

Wichtig ist, dass unmittelbar vor der letzten Tarifrunde in Potsdam 12 000 öffentlich Beschäftigte nochmals massiv Druck gemacht haben, was auch – auch wenn sie immer das Gegenteil behaupten – nicht ohne Spuren bei den Arbeitgebern geblieben ist. Vielleicht ist es uns Deutschen immanent, das berühmte Haar in der Suppe zu suchen und selbst kleine Erfolge auch noch schlechtzureden.

Ich zumindest will mich in diese Reihe nicht anstellen, da ich als Gewerkschaftsvorsitzender von berufswegen Optimist bin.

Wie weiter?

Während das Tarifergebnis sich jetzt auf den Lohnstreifen der Tarifbeschäftigten auswirkt und sie auch tarifvertraglich verankert ein Weihnachtsgeld erhalten, fragen zu Recht die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen, was wird aus uns?

Der Landesbezirksvorstand der GdP hat in einer Beratung das Thema sehr lang diskutiert und ganz klar die Forderung nach einer 1:1-Übernahme aufgebracht.

Es kann und darf keine Spaltung der Beschäftigungsgruppen im öffentlichen Dienst geben.

§ 14 des brandenburgischen Besoldungsgesetzes besagt, dass die Besoldung entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung regelmäßig angepasst wird. Wenn der Gesetzgeber sein eigenes Gesetz ernst nimmt, dann muss er die Gruppe der Beamten gleich behandeln.

Innenminister und Finanzminister erklärten unmittelbar nach Tarifabschluss per Presseerklärung, dass es zu einem ausgewogenen Ergebnis gekommen ist, das einerseits die berechtigten Erwartungen der Beschäftigten auf eine angemessene Tarifierhöhung aufnimmt, andererseits aber auch die angespannte Finanzlage der Bundesländer noch ausreichend berücksichtigt.

Finanzminister Markov ergänzte dann, dass die Forderungen im Rahmen der Tarifrunde auf ein realistisches Maß und seriöses finanzierbares Gesamtvolumen reduziert werden konnten.

Alles klar!

Wenn beide zuständigen Minister von Ausgewogenheit sprechen, dass die an-

gespannte Finanzlage auch des Landes Brandenburg berücksichtigt ist und das Land Brandenburg diesem Tarifergebnis zugestimmt hat, dann gilt die Ausgewogenheit und die Berücksichtigung der Finanzlage des Landes Brandenburg nicht nur für die Tarifbeschäftigten, sondern auch für die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen. Deswegen ist es mehr als berechtigt, dass die GdP fordert, das Tarifergebnis 1:1 zu übernehmen.

Weihnachtsgeld?

Es werden gleich wieder alle auf der politischen Ebene aufschreien und sagen, typisch Gewerkschaften, sie können den Hals nicht voll genug bekommen.

Erst eine 1:1-Übernahme des Tarifergebnisses und jetzt auch noch Weihnachtsgeld.

Was heißt denn hier eigentlich, den Hals nicht voll genug bekommen?

Seit drei Jahren bekommen die Brandenburger Beamtinnen und Beamten „Null“ Weihnachtsgeld gezahlt. D. h., auf Basis des letzten vereinbarten Weihnachtsgeldes spart das Land jährlich mindestens nur im Bereich des Weihnachtsgeldes 20 Mio. € jährlich bei den verbeamteten Kolleginnen und Kollegen.

Und sie haben sehr schnell vergessen, dass 2008 nicht nur eine – wie sonst üblich – zeitliche Abkopplung, sondern auch eine inhaltliche Abkopplung von 1,4% gegenüber dem Tarifergebnis bei den verbeamteten Kolleginnen und Kollegen erfolgte. Diese Lücke gibt es heute noch.

Fazit:

Unsere Forderungen nach einer 1:1-Übernahme und einem angemessenen durch zwölf geteiltes Weihnachtsgeld ist nicht utopisch, sondern entspricht den realen Lebensverhältnissen.

Sondierungsrunde

Innenminister Woidke hatte in seinem Schreiben zum neuen Jahr an die Polizi-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

tinnen und Polizisten klar gemacht, dass er die anstehenden Probleme im Paket lösen möchte. Sehr gut, Herr Minister.

Lassen Sie uns an einen Tisch setzen und über die 1:1-Übernahme, über ein angemessenes Weihnachtsgeld und über altersgerechtes Arbeiten (Altersteilzeit und Vorruhestand) verhandeln.

Die Argumente sind seit Jahren ausge-tauscht. Es geht eigentlich nur noch um Zahlen.

Ich bin mir aber natürlich bewusst, dass man uns wieder vorhalten wird, wie schwierig und wie angespannt die finan-

zielle Situation in Brandenburg ist, das es eine Schuldenbremse gibt. Ach ja, da gibt es ja auch noch den BÉR.

Nur was für eine Beschäftigungsgrup-pe zu Recht erkämpft wurde, kann für die andere nur billig sein.

Wir haben diese Sondierungsgesprä- che gemeinsam mit GEW und ver.di an- genommen und wollen so schnell wie möglich zu einem Abschluss kommen, der auch von beiden Seiten akzeptiert und respektiert werden kann.

Wir müssen uns aber auch darüber klar werden, und auch das haben wir in der Sitzung des Landesbezirksvorstan- des sehr intensiv diskutiert, was pas-

siert, wenn wir doch hingehalten wer- den? Was passiert, wenn wir doch kein annehmbares Ergebnis bekommen?

Nochmals eine Mahnwache? Noch- mals eine Demo? Nochmals vor den Par- teitagen aufschlagen?

Ich bin davon überzeugt, dass wird niemanden mehr beeindrucken. Dann müssen wir auch unsere Gangart ver- schärfen. Ich bin optimistisch, dass zu- mindest die Brandenburger GdP dieses kann.

Das ist keine Drohung, sondern das ist ein Fakt, um unsere berechtigten Interes- sen durchzusetzen.

Andreas Schuster

AKTUELLES

Was sonst so passierte ...

Unter dieser Überschrift informiert unser Gewerkschaftssekretär Michael Peckmann in Form eines „Tagesbuches“ auszugsweise aus der Arbeit der GdP-Zentrale in Potsdam.

März 2013

6. März 2013

Parallel zur Pressekonferenz des Innenministers zur Grenzkriminalität ver- senden wir eine Pressemitteilung der GdP.

Gegen Mittag begeben sich zum Ausgangspunkt der GdP-Route zur gro- ßen Tarifdemonstration und prüfe Auf- bau der Bühne und die Versorgung. Die beeindruckende Demonstration mit ca. 12 000 Teilnehmern dauert bis nach 18 Uhr.

7. März 2013

Wir informieren zur Demo am Vortag. Vormittags stellen wir erneut vor dem Potsdamer Kongresshotel eine Delegati- on als „Empfangskomitee“ für die Ver- handlungsführer der Länder.

11. März 2013

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen vom Wochenende wird aufbereitet und verbreitet.

Am Nachmittag tagt die GdP-Rechts- schutzkommission.

18. März 2013

18 Uhr bin ich mit unseren „Muster- klägern“ bei unserem Rechtsanwalt, der die Musterverfahren zur Kennzeich- nungspflicht betreibt, verabredet. Er in- formiert über rechtliche Ansatzpunkte und konkret über das weitere Vorgehen.

20. März 2013

Ich berate mich mit einem Kollegen, der gegen die Ablehnung seines Antra- ges auf freiwillige Verlängerung der Le- bensarbeitszeit vorgehen möchte.

21./22. März 2013

Sitzung des Landesbezirksvorstandes: Schwerpunktthemen sind die abgeschlos- sene Tarifrunde, unsere Forderungen zur Übernahme des Ergebnisses für die Be- amten sowie Fragen der Mitgliederbe- treuung innerhalb unserer GdP.

25. März 2013

Beginn meiner zweimonatigen Eltern- zeit. Ich werde im Rahmen der vereinbar- ten Teilzeit im April und Mai ein bzw. zwei Tage je Woche in der GdP-Ge- schäftsstelle sein bzw. von zu Hause aus arbeiten.

Michael Peckmann

Anmerkung der Redaktion:

Lieber Micha, dir und deiner Frau auf diesem Wege noch mal herzlichen Glück- wunsch zum GdP-Nachwuchs;-)!

Lasst euch nicht beirren, wenn die ersten Nächte bisschen unruhig werden sollten. Das gibt sich erfahrungsgemäß;-).

Viel Glück!



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Brandenburg**

Geschäftsstelle:
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 7 47 32-0
Telefax (03 31) 7 47 32-99

Redaktion:
Frank Schneider (Vi.S.d.P.)
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 8 66 20 40
Telefax (03 31) 8 66 20 46
E-Mail: PHPRMI@AOL.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-278X



F. Mattis
seit 1880
THE COOL FASHION COMPANY

Exklusiv für Mitglieder
der Gewerkschaft der Polizei.
Nur online erhältlich unter:
<http://gdp.mattis-shop.de>

→ DAMIT KOMMEN SIE NICHT INS SCHWITZEN! ←

**Funktionsunter-
wäsche lang -**

**Ideal für den
Skiurlaub!**



Informationen und Zugang
zum Online-Shop im
Mitgliederbereich

www.gdp.de/brandenburg

**Geld
sparen!**

Geld sparen - mit den Angeboten der
GdP PolIService GmbH



Katalogreisen
Sonderreisen
Ferienlager
Autokauf

Infos, Buchungen, Bezugsscheine, Vertragsunterlagen bei GdP PolIService GmbH
03 31 / 74 73 20 Internet: www.gdp.de/brandenburg
E-Mail: GdP-Brandenburg@gdp-online.de



Eigentum verpflichtet!

Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) appellierte auf einer Kundgebung am 1. Mai an die soziale Verantwortung der Unternehmer. Es sei an der Zeit, den guten Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ in Erinnerung zu rufen.

Landeseigentum hatte er bei diesem Ausspruch sicherlich nicht im Sinn. Zumindest im Polizeibereich wird nicht immer nach diesem Grundsatz gehandelt. Konkret gemeint sind damit die im Landesbesitz befindlichen Diensthunde der Polizei.

Zumindest sollte es eigentlich so sein, dass in erster Linie der Eigentümer verpflichtet ist, für Pflege und Versorgung aufzukommen. Diese Verantwortung wird zum größten Teil abgeschoben auf Polizeibeamte, die als Diensthundeführer eingesetzt sind.

Hier wird in grober Weise die Liebe der Diensthundeführer zum Diensthund missbraucht.

Ihnen wird großzügig eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 68 Euro monatlich für die Versorgung und Pflege eines landeseigenen Diensthundes gewährt.

Seit 1994 unveränderte Zulage

Festgelegt wurde die Höhe der Aufwandsentschädigung im Jahre 1994, kurz nachdem die Entscheidung in Brandenburg gefallen war, Diensthunde für den Polizeidienst zu nutzen. Seitdem blieb die Höhe der Aufwandsentschädigung nahezu unverändert.

Währungsumstellung, Preissteigerungen bei Futter, Energie usw. haben dazu beigetragen, dass der ausschließlich dienstlich veranlasste Aufwand durch diese Entschädigung nicht mehr abgedeckt wird.

Ein Umstand, auf den die GdP bereits am 11. Oktober 2006 hingewiesen und entsprechende Forderungen gestellt hat.

Elf Monate später reagierte das Ministerium endlich und fordert die nachgeordneten Bereiche per Erlass vom 2. November 2007 auf, entsprechende Zuarbeiten zur Erarbeitung einer „Verwaltungsvorschrift des Ministers des Innern über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen für Polizeivollzugsbeamte (AufwEntschädVV)“ zu übersenden.

In Bezug auf die Aufwandsentschädigung der Diensthundeführer haben beide Polizeipräsidien reagiert und zugearbeitet. So hat das PP FF/O. aufwändig untersucht, wie die tatsächlichen Futter- und Pflegekosten zum damaligen Zeitpunkt waren und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass zum damaligen Zeitpunkt der Aufwand nur durch Bezahlung einer Aufwandsentschädigung in Höhe von 95 Euro pro Monat gedeckt werden kann.

Dieses Ergebnis ging dem Ministerium am 27. November 2007 mit Begründung schriftlich zu. Verändert wurde nichts. Eine AufwEntschädVV ist bis zum heutigen Tag nicht verabschiedet.

Betrachtet man die Höhe der Zulagen, die bei der Bundespolizei und in anderen Bundesländern im Jahre 2013 gezahlt werden, so ist davon auszugehen, dass auch die im Jahre 2007 festgestellten Aufwendungen in Höhe von **95 Euro** nicht mehr den Tatsachen entsprechen.

Reale Kosten dürften bei 120 Euro liegen

Wenn die Bundespolizei und die Zollverwaltung eine Aufwandsentschädigung von 120 Euro pro Monat und Diensthundeführer zahlt, so ist davon auszugehen, dass es sich um reale Kosten handelt, denn auch beim Bund wird dem Polizeibeamten nichts geschenkt.

Der Fachausschuss Schutzpolizei der GdP hält es für eine Unverschämtheit, dass unsere Kolleginnen und Kollegen, die als Diensthundeführer eine hervorragende Arbeit leisten, von ihrem monatlichen Gehalt ca. 50 Euro zur Pflege des Landeseigentums aufwenden müssen.

In der Vergangenheit wurden zaghafte Beschwerden dieser Kolleginnen und Kollegen abgetan nach dem Motto: „Wenn dir das nicht passt, kannst du ja deinen Diensthund abgeben.“ Nach Auffassung der GdP geht man mit Mitarbeitern so nicht um.

Wir beklagen ständig fehlende Motivation und Engagement für die Arbeit, müssen uns aber bei dieser Verfahrensweise nicht wundern. Der Fachausschuss Schutzpolizei der GdP hält es für erforderlich, diesen Zustand schnellstens zu verändern und die entsprechen-

de Höhe der Aufwandsentschädigung an die Höhe der Zahlungen, die bei der Bundespolizei geleistet werden, anzupassen.

Die Kosten dürften sich in Grenzen halten, da es in Brandenburg gegenwärtig 70 (!) Diensthundeführer gibt. Dies würde bedeuten, dass lediglich 3500 Euro an monatlichen Mehrkosten entstehen.

Auch die Aufwandsentschädigungen für Bekleidungszuschuss, Fahndungskosten, Leichen und Einkleidungsbeihilfe für den Personenschutz bedürfen nach Auffassung des Fachausschusses einer dringenden Überarbeitung

In Brandenburg kann man gegenwärtig den Eindruck gewinnen, dass über Mehrkosten in Millionenhöhe schneller und unbürokratischer entschieden wird (s. BER) als über die hier angeführte Summe.

*Wolfgang Britt,
Fachausschuss Schutzpolizei*

MEINUNG

Die Katze wurde aus dem Sack gelassen

In der Personalversammlung der Außenstelle des Einsatz- und Lagezentrums Frankfurt (Oder) wurde die Katze aus dem Sack gelassen. Emotionslos und gleichzeitig fordernd wurde das Verfallsdatum für die Leitstelle Frankfurt (Oder) durch den Leiter des Behördenstabes bekannt gegeben.

Natürlich wurde, wie immer öfter bei wichtigen Personalversammlungen, der Personalrat nicht eingeladen. Es geht ja nur um die Zukunft von 60 Mitarbeitern des Behördenstabes.

Das Sprichwort „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“, wird in der Realität vorgegeben. Hinter dem Deckmantel Pflichterfüllung wird offen gefordert, bis zum letzten Tag hundert Prozent Leistung zu bringen und gleichzeitig zusätzliche Aufgaben wahrzunehmen.



MEINUNG

Und was ist die Gegenleistung des Dienstherrn? Ein Dankeschön werden wir wohl nicht wirklich zu hören bekommen. Auch die Anzahl der Beförderungen wird sich im normalen Rahmen bewegen.

Noch schlimmer kann es nicht werden? Doch. Bei berechtigten kritischen Fragen wird mit dem Finger nach oben gezeigt und auf die Politiker verwiesen.

Wo bleibt die Verantwortung der Dienstvorsetzten, eigene Entscheidungen gegenüber den Mitarbeitern zu vertreten? Und wenn man ganz klug da stehen will, bringt man Fachbegriffe als Allheilmittel in die Runde. Scheinbar in der

Hoffnung oder dem Irrglauben, das kein anwesender Mitarbeiter davon etwas versteht, macht man sich lächerlich und merkt es nicht einmal.

Ich nenne an dieser Stelle bewusst keine Namen. Jeder für sich wird sich schon einmal in einer ähnlichen Situation befinden haben.

Was bedeuten diese Verlautbarungen nun in der Realität?

Führungskräfte werden das Weite suchen und die Motivation der Mitarbeiter wird sich in Grenzen halten. Für die Masse der Mitarbeiter beginnt eine perspektivlose Zukunft. Sie sollen sich in Mitar-

beitergesprächen selbst Gedanken um ihre Zukunft machen. Einige Mitarbeiter entwickeln Zukunftsängste, ob berechtigt oder nicht, sei dahingestellt. Natürlich ist jeder Mitarbeiter der Leitstelle Frankfurt (Oder) in Potsdam herzlich willkommen, das soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben.

Die sogenannte Polizeireform zeigt hier deutlich, worum es den Politikern in diesem Land wirklich geht. Es soll nicht eine effizientere Polizeiführung entstehen, sondern es geht nur darum, Personal einzusparen, koste es, was es wolle.

Holger Jacob

Zum Artikel in der DP 03 „Ein Jahr Kriminaldauerdienst ...“

Der Artikel an sich ist nicht schlecht geschrieben, leider ist das, was dort steht, sachlich nicht ganz richtig.

Die Beschreibung mag wohl für die Bereiche der Kriminalpolizei richtig sein, dass der KDD der erste am Tatort ist.

Wie ist es aber in der Wirklichkeit. Die ersten am Tatort sind doch immer die Kräfte des WWD. Ich bin seit über 25 Jahren im WWD in Frankfurt tätig und habe es in meiner Laufbahn noch nie erlebt, dass die Kräfte der K zuerst am Tatort gewesen sind.

Ob bei vermissten Kindern, hier sind es die Streifenbesetzungen, die den ers-

ten Kontakt mit den Eltern haben und die ersten Suchmaßnahmen durchführen. Ebenso verhält es sich auch bei anderen vermissten Personen oder wenn es zu Einsätzen mit „hilflosen Personen“ geht, auch da sind es die Streifenbesetzungen, die den Sachverhalt feststellen und sich um die Angehörigen kümmern müssen. Ich möchte hier nicht die Arbeit des KDD schlecht machen oder unterbewerten, die Kollegen leisten mit Sicherheit auch sehr gute Arbeit, aber so wie es in dem Artikel beschrieben ist, trifft es doch wohl eher auf die Kräfte des WWD zu, bloß noch mit dem Zusatz, dass auch durch diese Kräfte die ersten

schriftlichen Maßnahmen gefertigt werden.

Ich finde es nur sehr schade, dass doch dies Kräfte in diesem Beitrag gar nicht erwähnt wurden, außer, dass der Wach- und Wechseldienst manchmal unterstützt. In den meistens Fällen ist es doch so, dass der WWD wenigstens eine Stunde warten muss, bis der KDD am Einsatzort ist, was sicherlich auch standortbedingt nicht zu ändern ist. (KDD in Strausberg, ca. 60 km Entfernung).

Ich würde mich freuen, wenn auch diese Seite einmal erwähnt wird.

**POM Fritsche,
WWD Frankfurt (Oder)**

Sensationell! 80 Millionen € teurer als 2,6 Milliarden!

Ach, ist das Gejammer beim listigen Dukatenzähler wieder groß, 80 Millionen für Tariferhöhungen, da kriegt man 'nen Kloß. Der böse öffentliche Dienst kriegt den Hals nicht voll, weil die Verhandlungsergebnisse waren für die so toll.

Mehrkosten für 2,6 Milliarden im Flu(ch)ghafengekugel wäre Geld für 33 Jahre Polizei im brandenburger Dschungel.

Neuer Heilsbringer für die Flugluftnummer gibt kein Pardon, der nette Herr Mehrkorn ist kein junger Sporn. Das neue hoffnungsvolle Nachwuchstalente bereits im 74. Lebensjahr, die Chefsuche war wie auf dem orientalischen Basar.

Bitterböse Zungen werden nicht müde zu berichten, statt 40 000 Probleme gibt es nun eins mehr zu sichten. Plant nun nach Stuttgart unterirdische Start- und Lande-

bahnen, ein Hoch auf die Wirtschafts-, Verwaltungs- und Politiktitanen!

Flugzeuge zukünftig ohne Klimaanlage aber mit offenen Fenstern, Fluggäste warnen eure Eltern und Kinder vor diesen Wänstern.

Ein externer Berater sollte bekommen 4000 €/Tag Honorar, am Besten mit

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

Handschlag und großen Scheinen in bar.

Aber keinen Taler übrig für Zulagen und Weihnachtsgeld. Nur dann bist du in gewissen Kreisen der große Maulheld.

Stellenabbau und wenig Beförderungen mit großer Gründlichkeit, aber größ-

ten Anteil am höheren Dienst mit vielen Beförderungen bundesweit.

Üppige Ministerpensionen bereits nach wenigen Schlemmerjahren, dafür greise Beamte bald in großen brandenburgischen Scharen.

Beim nächsten Sommerfest kommen wieder Sponsoren und externe Berater,

die GdP ist freundlichst wieder mehr als nur Zaungast, bei diesem Hoftheater.

Häppchen, Champagner, Pyro und Feuerwerk in großer Wonne, feine Leute flanieren, dinieren und feiern sich selbst in der Sonne. Zuschauer unerwünscht, dass gemeine Volk ab in die Tonne!

Karl Schramm

KDD/AKT der Direktion Ost Nr. 2

Zu meinem Artikel „Ein Jahr KDD in der PD Ost“ gab es unterschiedliche Reaktionen. Zum einen wurde kritisiert, dass der WWD nicht erwähnt wurde, lange Wartezeiten in Kauf genommen werden müssen u. a. Zum anderen gab es aber auch positive Resonanzen, die vor allem in etwa mit „Hut ab“ interpretiert werden können. Es ging mir nicht darum, den ersten Angriff in all seinen Facetten zu beschreiben oder zu bewerten. Ziel war es, den KDD der Direktion Ost vorzustellen. Dass sich der KDD auch mit Blick in die Zukunft bewährt hat, ist nicht zu leugnen. Regelmäßige Beratungen mit den Inspektionen dienen der weiteren Optimierung. Die Rolle des WWD steht doch außer Frage. Inwieweit aber auch hier noch der „Sicherungsangriff“ so gewährleistet werden kann, wie er im „Buche“ steht, lässt mich zweifeln. Dazu später noch was.

Der Tod ist nicht schön

Nochmals zurück zum KDD mit seinen über 400 Todesermittlungseinsätzen im Jahr 2012. Schon fast eine Dekade ringe ich um die Änderung der Zulagenzahlung bei TOE. Diese Zahlung erfolgt nur bei Leichenöffnungen. Wo beginnt das mit der Leiche eigentlich? Doch nicht erst in der Pathologie.

Die Leichenschau, die „Arbeit“ an der Leiche vor Ort, wird hier nicht berücksichtigt. Das können nur Leute entscheiden, welche noch nie vor Ort waren. Die ihr Wissen vom Tod und Polizeiarbeit aus dem Fernsehen holen, wo man zwischendurch noch ein Bier und ein Häppchen mit frischem Mett genießen kann. So ist der Tod mit seiner ekelerregenden, stinkenden Fäulnis, seinem grausigen Anblick bei Gewaltdelikten doch recht angenehm. Die Realität ist anders, der Tod ist nicht schön und vergessen kann man ihn schon gar nicht. Wie bei der Debatte um die Lebensarbeitszeit kann man natürlich auch hier die Polizei mit dem Be-

stattungshaus vergleichen, die kriegen bestimmt auch keine Zulage, ist eben ihr Job, hätten doch Bäcker werden können.

Allgemeine Kriminaltechnik

Zur Struktur und den Aufgaben nur so viel. Die Allgemeine Kriminaltechnik (AKT) ist vor Ort verblieben. Neu ist, dass sie entsprechend der Dienstplanung und bei Notwendigkeit über die Grenzen der Polizeiinspektion zum Einsatz gebracht wird. Neben der Spurensicherung wird der Erkennungsdienst, die Beschaffung von VM, die Brandortuntersuchung, Vorausswertung eingehender Spuren und noch viel mehr gewährleistet. Dass sie Direktion sind und von dieser auch eingesetzt werden, sorgt immer wieder für polemisch geführten Un(fug)mut. Die Kriminaltechnik ist ohne Zweifel ein wichtiger Bestandteil der Polizeiarbeit. Zur Aufklärung von Straftaten gehört aber weit mehr, als nur die Kriminaltechnik anzufordern. Sie soll da zum Einsatz gebracht werden, wo es Sinn macht, Spurensuche durchzuführen. Derzeit ein Grundproblem, was auch einfach nur mit Verschleiß bezeichnet werden kann. Es hilft mitnichten, die Kriminaltechniker hin und her zu „scheuchen“, um am nächsten Tag mit „Ja – KT war vor Ort“ allen eventuellen Nachfragen vorzubeugen. An eingeschneiten (regennassen) Autos, einem großen Solarpark bei Nacht, ist eine erfolgreiche Spurensuche kaum zu erwarten. Hier ist immer ein zweiter Einsatz erforderlich. Ganz zu schweigen von Einsätzen zu leeren Kellerverschlägen. Oftmals bekommen meine Kollegen zu hören: „Von mir aus hättest du nicht kommen müssen, hätte ich auch allein gemacht, ich sehe auch nichts ... **ABER** ...“. Dieses „ABER“ ist völlig unnötig, wenn der Fachkompetenz der Kollegen entsprechend vertraut würde. Die Analyse zur Spurensicherung durch WWD zeigt, dass knapp die Hälfte der gesicherten Spuren als brauchbar zur weiteren kriminaltechnischen Untersuchung gesendet wird. Im Rahmen der

Fortbildung bietet die KT entsprechende Unterstützung an.

Erster Angriff

Wie zu Beginn erwähnt, noch was zum ersten Angriff. Dieser beginnt mit dem Sicherungsangriff und geht in den Auswertungsangriff über. Sollte so sein. Dazu ein wenig Realität aus einem KT-Bericht: „Auf die Begehung des Tatorthes wurde von Seiten der eingesetzten Beamten aufgrund des vorhandenen Spurenaufkommens zugunsten der hinzugezogenen Mitarbeiter der Kriminaltechnik verzichtet. Eine Übergabe erfolgte durch den Eigentümer selbst, nachdem dieser eingehend gebrieft wurde.“ Es geht hier nicht gegen den WWD. Der kann oftmals nicht anders, muss entsprechend der Einsatzlage Prioritäten setzen. Es ist aber ein beklemmender Ausdruck dafür, wie es zukünftig wohl immer öfter sein könnte. Wie sich die Polizei derzeit und zukünftig aufstellt, ist eine Folge politischer Sichtweisen und Entscheidungen. Ich kann damit einverstanden sein oder nicht. Als Führungskraft sehe ich eine meiner Aufgaben darin, zu organisieren, zu motivieren, um den polizeilichen Auftrag entsprechend dieser Rahmenbedingungen zu erfüllen. Nicht mehr mit dem Anspruch auf alles, was möglich ist, sondern reduziert auf das, was unbedingt nötig ist. In einem Beitrag des BDK war treffend von der „**Ökonomisierung des Strafverfahrens**“ die Rede. An dieser Stelle sind unsere Abgeordneten und die polizeiliche Führung zu befragen, ob das so gewollt und so richtig ist. Diese Fragen müsst ihr selbst euren Abgeordneten im Wahlkreis stellen und immer wieder stellen. Denn von Andreas Schuster und seinen **GdP-Berufsrevolutionären** wird sowieso nichts anderes erwartet, als „**alles schwarz zu malen**“. So scheint jedenfalls die Denkweise zu sein.

Wolfgang Frick



SENIOREN

Einladung zur 4. Landesseniorenfahrt

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere 4. Landesseniorenfahrt führt uns in der Zeit vom 9. bis 13. Oktober 2013 ins Fränkische.

Hier werden wir fünf Tage/vier Nächte in dem schönen Örtchen Bischofsgrün verweilen, wo wir im Hotel „Kaiseralm“ mit einem Willkommenstrunk begrüßt werden.

Das Hotel verfügt über ein Schwimmbad mit Sauna. Die Kosten betragen 380 Euro pro Person. In diesem Preis enthalten sind:

- Fahrt mit einem Bus, welcher uns die ganze Zeit zur Verfügung steht
- Halbpension während der Zeit des Aufenthaltes und Ausflüge.

Wir besichtigen das BMW-Werk in Leipzig. Weitere Ausflüge führen uns nach Nürnberg, Coburg mit 14 Heiligenkirche und Marienbad, jeweils mit Reiseleitung und Stadtrundfahrt/-gang. Auch eine Rundfahrt durch das Fichtelgebirge bis ins Museumsdorf in Eger/CZ ist geplant.

Der Bus startet in Potsdam, eure PKW können kostenlos geparkt wer-

den. Die konkreten Abfahrtszeiten werden zeitnah mitgeteilt. Ich hoffe, dass Angebot findet euer Interesse.

Also, dann ein Anmeldeformular ausfüllen – erhältlich über die GdP-Geschäftsstelle oder im Internet unter www.gdp-brandenburg.de – und ab zur GdP-Geschäftsstelle.

*Sigrig Graedtke,
Vorsitzende Landesseniorengruppe*

GdP-Senioren OHV

Wie jeden ersten Freitag des Monats, trafen sich am 5. April einige Senioren der Kreisgruppe Oberhavel in der Schlosskonditorei Woyth in Oranienburg, Breite Straße.

Anlass war neben dem monatlichen Gedankenaustausch der ... Geburtstag unseres langjährigen GdP-Mitgliedes Herbert Born. Einige Gratulanten sind erschienen, wünschten natürlich nur das

Beste, vor allem aber Gesundheit! Das haben wir auch getan!!!

Die Gelegenheit ist günstig ... hier die nächsten Termine unserer Seniorengruppe:

Freitag, den 3. Mai, 10.00 Uhr
Stammtisch in der Schlosskonditorei Woyth

Donnerstag, den 23. Mai, 14.00 Uhr
Seniorenversammlung, Wahl Seniorenvorstand OHV, Aktuelles aus der GdP im Gasthof „Zum Fröhlichen Landmann“, 16515 Oranienburg/OT Germendorf, Germendorfer Dorfstr. 8

Also, wir sehen uns, herzliche Grüße
eure Claudi

AUS DEN KREISGRUPPEN

Vorankündigung

Erstes gemeinsames Polizeifest der Kooperation der Kreisgruppen UM, BAR, MOL, OS/FF und PD Ost-Haus in der PD Ost

Polizei – Dein Partner – Dieses Motto wird vielen Beschäftigten in der Polizei und darüber hinaus bekannt sein.

Jährlich feiert in der Polizei des Landes Brandenburg die Mitgliedschaft der GdP an verschiedenen Orten gemeinsam mit ihren Familienangehörigen, Freunden und Bekannten in Gegenwart von Gästen und Sponsoren aus Wirtschaft und Politik ein kleines Fest.

Ein geschmückter Raum, gutes Essen und das eine oder andere anregende Getränk sorgen dafür, dass man den Dienst, den Alltag für einige Stunden hinter sich lassen oder aber die Gelegenheit zu einem zwanglosen Gespräch nutzen kann. Wir denken, nach gut eineinhalb Jahren



Unsere Band

Foto: KG UM

der Umstrukturierung ist es an der Zeit, auch über die Gemütlichkeit, den Spaß und das Vergnügen wieder nachzudenken und gemeinsam unseren Frohsinn wieder zu finden.

Aus diesem Grunde laden wir dich, Sie, euch ein, gemeinsam miteinander einige angenehme Stunden zu verbringen.

Wir sorgen für den Rahmen, das Programm und Musik mit „Double Voices“

Termin: 19. 10. 2013
Ort: RAMADA Hotel Frankfurt Oder
Einlass: 18.00 Uhr
Übernachtung: im Hotel, DZ 67 /unter
Kennwort: „Polizei-Fest 2013“
jetzt reservieren
Kartenpreis: 25 p. P.
Kartenvorbestellungen ab sofort unter
Tel. 03 35 5 61 20 71

**I. A. der Koop.,
H. Abraham**





6. Beach Volleyball- turnier

26.06.2013

*Ort: EJB Werbelinsee
Zeit: 08:00 - 16:00 Uhr
Mixed- Teams (1M / 1W)*

*Anmeldung über eure
Vertrauensleute oder an A. Poitz
FD BD 07 - 228 - 197 oder per Mail*

SIGNAL IDUNA



blaucrowd.de®
POLIZEI - Fanshop

